

Streik und Selbstverwaltung in Jugoslawien

Neca Jovanov ist Sekretär der Kommission für Selbstverwaltung beim Rat des jugoslawischen Gewerkschaftsbunds

Lenin sprach seinerzeit darüber, daß eine Gesellschaft, die nicht den Mut und die Fähigkeit besitze, die richtige Wahrheit über sich zu erfahren, keine gesunde Gesellschaft sei. Er ging mit gutem Beispiel voran, indem er öffentlich „... über die Anwendung des Streikkampfes in einem Staat mit proletarischer Staatsmacht“ schrieb.

Die öffentliche Behandlung der Streikfrage in Jugoslawien soll vor allem die Notwendigkeit aufzeigen, diese Erscheinung zu analysieren und zu erklären, damit man ihren Ursprung und ihre wahre Bedeutung in der spezifischen historischen Situation Jugoslawiens erkennt. Deshalb können wir die öffentliche Abhandlung über die Streiks nicht als „Waschen schmutziger Wäsche“ betrachten, wie man das manchmal so sagt. Es ist die Absicht des Verfassers, einen Beitrag zu leisten zum Studium der Erscheinung des Streiks und seiner Bedeutung als gesellschaftlicher Konflikt im Verhältnis zur Selbstverwaltung als Gesellschaftssystem. — Mit Hilfe einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von Knochen kann man ein Mammut rekonstruieren. Ich habe natürlich nicht den Ehrgeiz, mit diesem Text über Streiks ein globales Gesellschaftssystem darzustellen, verberge aber nicht meine Absicht, den Streik als Segment des Gesellschaftssystems zu analysieren und zu zeigen, wie sehr er mit dem Stand des Gesellschaftssystem im ganzen verbunden und wie sehr durch ihn bedingt ist.

Wie paradox es auch scheinen mag, der Streik bei uns, so wie er ist, wäre nicht möglich, wenn der Prozeß der Demokratisierung der Gesellschaftsbeziehungen und des Ausbaus des Monopols der gesellschaftlichen Macht der Partei und des Staates nicht in Gang gekommen wäre. In einem totalitären kapitalistischen oder bürokratischen „sozialistischen“ System können Streiks nicht häufig sein, aber wenn es zu ihnen kommt, sind sie im Hinblick auf die Teilnehmerzahl bedeutend größer, im Hinblick auf die Schärfe des Zusammenstoßes bedeutend drastischer und enden mit katastrophalen Folgen für die Menschen, die gestreikt haben. In Ländern mit solchen Systemen gibt es in der Hauptsache keine Streiks, nicht deshalb, weil die Arbeiterklasse mit ihrer Stellung mehr als zufrieden wäre, sondern deshalb, weil sie keine Möglichkeit hat, ihre Unzufriedenheit durch

Streiks zum Ausdruck zu bringen. Dieser Prozeß der Demokratisierung der Gesellschaftsbeziehungen bedeutet: erstens die Entmythologisierung des Staates, die Aufklärung der Arbeiter dahingehend, daß sie als allmächtiges Abstraktum alles können, wenn sie es nur wollen; zweitens die Transformation der gesellschaftlichen Macht des Staates als Abstraktion, einer unsichtbaren und den Menschen unfaßbaren Gewalt, in die sichtbare Macht der Menschen selbst, der konkreten Träger der gesellschaftlichen Macht; drittens die Konzentration und Intensivierung im Rahmen des konkreten physischen und gesellschaftlichen Raumes (das ist vor allem die Arbeitsorganisation und die Gemeinde) solcher Widersprüche, deren Träger, nachdem sie verschiedene konkrete Interessen zum Ausdruck bringen, unmittelbar zusammenstoßen, sich einander nähern, sich gegenseitig sichtbar und faßbar sind, ohne daß einer von ihnen fetischisiert wäre oder so allmächtig gegenüber dem anderen, daß jener, dessen Interesse grob und ungerechtfertigterweise (faktisch oder nur in seinem Bewußtsein) verletzt wurden, schweigen, dulden und glauben würde, daß „es besser wird“, indem er von der mystifizierten Allmacht der Partei und des Staates eine „bessere Zukunft“ oder ein „größeres Übel“ erwartet. Die Zeit der Blankowechsel, der „vorbehaltlosen Unterstützung“, nicht nur verabschiedeter, sondern auch künftiger Beschlüsse der Partei und Regierung liegt schließlich und endlich hinter uns.

Zur Situation der Selbstverwaltung an der Basis

Die Selbstverwaltung verblieb bis jetzt auf Mikroniveau, parzelliert und unverbunden mit dem Ganzen des Gesellschaftssystems. Das erleichtert bedeutend die Vorherrschaft des Staates (und des verselbständigten Finanz- und Handelskapitals) über sie, wodurch auch der Arbeiterklasse als Selbstverwaltungskraft erschwert wird, die politische Bühne der Gesellschaft insgesamt zu beherrschen.

Die Arbeiterklasse ist wie die Selbstverwaltung parzelliert. Als Klasse ist sie politisch auf dem Niveau der globalen Gesellschaft ungenügend organisiert, sozial ist sie heterogen, und in wesentlichen Fragen ihrer gesellschaftlichen und materiellen Stellung ist sie widersprüchlich, was jenen Zentren der gesellschaftlichen Macht, die verselbständigt und den Arbeitern entfremdet sind und die soziale Uneinigkeit der Arbeiterklasse (und der Gesellschaft im ganzen) als Rechtfertigung für ihre gesellschaftliche Macht und die Macht des Schiedspruchs ansehen, größere Möglichkeiten gibt, die Arbeiterklasse zu manipulieren. Alle diese für die Arbeiterklasse negativen Umstände wirken wesentlich darauf ein, daß die Arbeiter streiken, jedoch „in kleinem Umfang“ (große Anzahl von Streiks mit geringer Teilnehmerzahl und kurzer Dauer, Wirksamkeit der Streiks hauptsächlich auf unterster Ebene usw.).

Nachlassen von Repräsentation und Einfluß der Arbeiterschaft

Es besteht eine Tendenz zur Kanalisierung der Macht der Arbeiterklasse, genauer gesagt der Arbeiterbewegung, in Institutionen, die sich verselbständigen

und sich den Arbeitern entfremden. Die Rolle derjenigen institutionellen Zentren der gesellschaftlichen Macht wird stärker, die im Hinblick auf die soziale Zusammensetzung und die Einflußstruktur immer weniger Zentren der Arbeiter sind. Bei der Analyse des Problems, auf das wir hinweisen, gehen wir von der Voraussetzung aus, daß die relative Vertretungsstärke der Arbeiter in den institutionellen Beschlußfassungszentren eine wesentliche Bedingung für ihren Einfluß auf die Entscheidung und die Realisierung der eigenen Klasseninteressen und demnach auf das Eliminieren der Möglichkeit von Konflikten zwischen den Arbeitern und den institutionellen Zentren der gesellschaftlichen Macht auf Klassengrundlage ist.

Soziale Zusammensetzung der Arbeiterräte a)

	1960	1965	1970
Gesamtzahl der Mitglieder der Arbeiterräte	156 300	149 404	135 204
In vH			
1. Arbeiter — insgesamt	76,2	73,8	67,6
— hochqualifizierte	15,1	16,7	17,2
— qualifizierte	40,5	37,8	33,7
— halbqualifizierte	13,4	10,8	9,0
— unqualifizierte	7,2	8,0	7,4
— Wirtschaftsschüler		0,5	0,3
2. Sonstige Beschäftigte			
— insgesamt	23,8	26,2	32,4
— mit höherer und hoher Fachausbildung	4,2	5,9	10,1
— mit mittlerer Fachausbildung	12,0	13,0	15,9
— mit niedriger Fachausbildung	7,6	7,3	6,4

a) Erfasst wurden nur die sogenannten zentralen Arbeiterräte, jene an der „Spitze“ des Unternehmens, d. h. nicht erfasst wurden Arbeiterräte in Teilen der Unternehmen — Betriebsanlagen, Arbeitseinheiten usw.

Von der Gesamtzahl der in der Wirtschaft Beschäftigten sind 80,1 vH Arbeiter aller Qualifikationen, während die übrigen Beschäftigten 19,9 vH ausmachen und die Beschäftigten mit höherer und hoher Fachausbildung 4,0 vH. Groß ist die Disproportion im Vertretungsgrad der einzelnen sozialen Gruppierungen in den Arbeiterräten. In diesen Selbstverwaltungsorganen gibt es immer weniger Arbeiter, die allerdings auch früher nicht angemessen in den Arbeiterräten vertreten waren. Die Zahl der tatsächlichen Arbeiter in den Arbeiterräten ist geringer als die Zahl derjenigen Mitglieder der Räte, die ihrer Ausbildung nach Arbeiter sind, da eine Anzahl von ihnen ihrem Arbeitsplatz nach nicht mehr Arbeiter, sondern Angestellte oder leitendes Personal ist. Wenn die in der Tabelle ausgewiesenen 67,6 vH Arbeiter in den Räten im Jahr 1970 nach der Art ihrer Beschäftigung untersucht werden, so bleibt ein Arbeiteranteil von nur 54,9 vH.

Die soziale Zusammensetzung der Verwaltungsausschüsse b)

	1960	1965	1970
Gesamtzahl der Mitglieder der Verwaltungsausschüsse	51 261	49 794	46 994
Davon in vH			
1. Arbeiter — insgesamt	67,2	61,9	44,2
— hochqualifizierte	19,3	19,7	18,2
— qualifizierte	34,8	31,0	20,4
— halbqualifizierte	8,9	6,9	3,4
— unqualifizierte	4,2	4,3	2,2
2. übrige Beschäftigte			
— insgesamt	32,8	38,1	55,8
— mit höherer und hoher Fachausbildung	11,0	13,8	27,8
— mit mittlerer Fachausbildung	15,0	17,4	22,9
— mit niedriger Fachausbildung	6,8	6,9	5,6

b) Von der Analyse wurden nur Verwaltungsausschüsse (kollegiale Organe, kollektive Vollzugsorgane der Arbeiterräte) in der „Spitze“ des Unternehmens erfaßt, nicht aber auch jene in seinen Teilen — kleineren Organisationseinheiten des Unternehmens.

Wenn der gezeigte Vmhundertersatz (44,2 vH) der Arbeiter in den Verwaltungsausschüssen im Jahre 1970 auf die Arbeiter, die es ihrem Arbeitsplatz nach sind, also auf die unmittelbaren Produzenten, reduziert wird, dann waren sie in den Verwaltungsausschüssen zu 32 vH vertreten. Das bedeutet, daß jedes dritte Mitglied des Verwaltungsausschusses Arbeiter ist.

*Vertretung der Arbeiter in den Gemeinde- und Republikversammlungen
und in der Bundesversammlung (in vH)*

	1958	1963	1970
1. Arbeiter als Ausschußmitglieder in allen Gemeindeversammlungen	13,0	15,0	13,0
2. Arbeiter als Abgeordnete aller Republikversammlungen	9,0	7,0	1,0
3. Arbeiter als Abgeordnete der Bundesversammlung	8,0	6,0	1,0

Bemerkenswert ist der Anstieg der Zahl der Abgeordneten aus den Reihen wirtschaftlicher Führungspersönlichkeiten. Neben den staatlichen und politischen Funktionären, die 1963 30,9 vH von insgesamt 670 Abgeordneten ausmachten und 1969 31 vH von insgesamt 619 Abgeordneten, sind sie in den Versammlungen am zahlreichsten. Von der Gesamtzahl der Abgeordneten der Bundesversammlung waren 1963 73 oder 11 vH wirtschaftliche Führungspersönlichkeiten, und 1969 129 oder 20,9 vH. Der Wirtschaftsrat der Bundesversammlung erhielt mit Recht in der Öffentlichkeit die inoffizielle Bezeichnung „Rat der Direktoren“. In allen sechs Republikversammlungen gab es 1963

9 vH oder 259 Abgeordnete, die wirtschaftliche Funktionäre waren, und 1969 waren es bereits 19 vH, 425 Personen¹⁾).

Die relative Vertretungsstärke der Arbeiter in den institutionellen Beschlußfassungszentren ist desto geringer, je weiter oben die Zentren der gesellschaftlichen Macht angesiedelt sind. Im Jahre 1970 gab es 54,9 vH Arbeiter in den Arbeiterräten, 32 vH in den Verwaltungsausschüssen, 13 vH in den Gemeindeversammlungen, 4 vH in den Provinzversammlungen, 1 vH in den Republikversammlungen und in der Bundesversammlung ebenfalls 1 vH. Die abnehmende Tendenz der relativen Vertretung der Arbeiter in den institutionellen Zentren der gesellschaftlichen Macht aller Ebenen ist offensichtlich. Sie ist auch in anderen institutionellen Strukturen festzustellen, die hier nicht analysiert worden sind. Mehr noch: Der praktische Einfluß der Arbeiter auf die Entscheidung in den institutionellen Zentren der gesellschaftlichen Macht liegt bedeutend unter dem Niveau der formellen Vertretung der Arbeiter in ihnen.

Damit kann zum guten Teil erklärt werden, *warum vor allem Produktionsarbeiter streiken* und warum sie durch den Streik mit den institutionellen Strukturen zusammenstoßen.

Der Prozeß der Verdrängung der Arbeiter aus den institutionellen Entscheidungszentren machte auch nicht vor dem Zweiten Selbstverwaltungskongreß Jugoslawiens halt, der 1971 stattgefunden hat. Von der Gesamtzahl der 2 301 gewählten Delegierten war erst jeder vierte (24 vH) Arbeiter. Hierzu gehörten auch jene Delegierte, die nur im Hinblick auf ihren grundlegenden, ursprünglichen, nicht aber auch im Hinblick auf ihren jetzigen Arbeitsplatz Arbeiter sind, weil sie in der Zwischenzeit Funktionäre oder Angestellte geworden waren. Delegierte, die im Hinblick auf den Arbeitsplatz Arbeiter sind, gab es auf diesem Kongreß weniger²⁾).

Der Rückgang der relativen Vertretung und des Einflusses der Arbeiter in den institutionellen Zentren der gesellschaftlichen Macht deckt sich zeitlich

— mit einer intensiveren *verbalen* Befürwortung seitens der formalen politischen Struktur eines höheren Vertretungsgrades der Arbeiter in den institutionellen Zentren der gesellschaftlichen Macht und ihres entscheidenden Einflusses in den institutionalisierten Zentren der Beschlußfassung;

— mit dem Anstieg der Bedeutung und der Rolle der institutionalisierten Zentren der gesellschaftlichen Macht;

1) Quellen: „Die Selbstverwaltung und die gesellschaftswirtschaftliche Entwicklung Jugoslawiens von 1950 bis 1970“, Bundesamt für Statistik, Belgrad, 1971, Seiten 21—23, 63—69, 72, 94, 999—1002 „Einige Anzeiger der Entwicklung Jugoslawiens, der sozialistischen Republiken und autonomen Provinzen von 1950 bis 1970“, Bundesamt für Statistik, Belgrad 1961, Seite 18; „Arbeitsdokument des Bundesamtes für Statistik“ Jahrgang VIII Nr. 15, 2. VI. 1961, Seiten 9—13; „Die Selbstverwaltung in der Wirtschaft 1970“, Statistisches Bulletin 658, Bundesamt für Statistik, Belgrad, März 1971, Seiten 9—15, Siehe ferner: „Versammlungswahlen 1969“, Institut für Gesellschaftswissenschaften, Belgrad, 1970, Seiten 148, 150—151.

2) Siehe: „Zweiter Selbstverwaltungskongreß Jugoslawiens“, „Arbeiterpresse“, Belgrad, 1971, Seiten 809—810, 821—843.

— mit der ständigen Steigerung der Zahl der Fragen, über die in ihnen entschieden wird — der quantitativen Erweiterung der Rechte, Pflichten und Verantwortung;

— mit der ständigen Komplizierung der Fragen, über die in den institutionellen Zentren der gesellschaftlichen Macht entschieden wird;

— mit dem Anstieg der relativen Vertretung und des Einflusses der Fachleute und Funktionäre in den institutionellen Zentren der gesellschaftlichen Macht aller Ebenen;

— mit dem Prozeß der sozialen Differenzierung und mit der Vertiefung sozialer Unterschiede zum offensichtlichen Schaden der Produktionsarbeiter, was in Wirklichkeit die Kehrseite des Prozesses der Differenzierung der gesellschaftlichen Macht zum Schaden der Arbeiter ist;

— mit der Steigerung der sozialen Unsicherheit der Arbeiter;

— mit dem Anstieg der relativ größeren Streiks und mit der größeren Schärfe dieser Art von Konflikten;

— mit dem Verschieben der Streiklinie vom Zusammenstoß zwischen den Arbeitern und den sogenannten Führungsorganen, die in Unternehmen leitende Arbeitsplätze einnehmen, auf den Zusammenstoß zwischen den Arbeitern und den Selbstverwaltungsinstitutionen (in letzter Zeit lehnen sich die Arbeiter durch den Streik immer mehr gegen die Beschlüsse des Arbeiterrats und des Verwaltungsausschusses auf und sind damit immer stärker im Konflikt mit jenen institutionellen Zentren der Entscheidung, die formal Zentren der Arbeiter sind, aus denen aber Vertretung und Einfluß der Arbeiter immer mehr verdrängt werden).

Der Rückgang des Einflusses der Arbeiterschaft in den institutionellen Zentren der gesellschaftlichen Macht ist nicht zu bestreiten. Die Einschätzung dieser Tendenzen ist unterschiedlich und reicht von dem Standpunkt, daß die Herrschaft der Technostruktur eine gesetzmäßige Erscheinung sei, die Arbeiterklasse sie demnach als ihre Ideologie und einzigen Weg für die eigene ökonomische Befreiung annehmen solle, bis zu dem Standpunkt, daß die Arbeiterklasse mit der Herrschaft der Technostruktur nur die ihr entfremdeten und verselbständigten Verwalter ablöst, selbst aber weiterhin in einem Lohnverhältnis verbleibt.

Die Stärkung der Rolle und Verantwortung der Fachleute und Funktionäre, der Organisatoren, ist unerläßlich für den wissenschaftlich-technologischen Fortschritt. Ihre „Macht“ über die Technologie und Organisation der Arbeit, die sie als Arbeitsaufgabe haben, ist eine positive Erscheinung. Die Vormacht der Funktionäre und Fachleute in den Arbeiterräten und anderen institutionellen Entscheidungszentren ist jedoch eine negative Erscheinung, weil sich ihre „Macht“ über die Technologie und Organisation der Arbeit als Fach- und Arbeitsaufgaben in

eine ökonomische und politische Macht über die Arbeiter und die Bedingungen und Resultate ihrer Arbeit verwandelt hat. Das Verhindern dieser Tendenz sowohl zugunsten der Arbeiterselbstverwaltung als gesellschaftlichen Prozeß als auch als integrales Gesellschaftssystem ist eine wesentliche Voraussetzung für die Reduzierung der Arbeiterstreiks.

Entfremdete und verselbständigte Zentren gesellschaftlicher Macht

Die Entmachtung des Staates und der Partei als einheitliches Zentrum der gesellschaftlichen Macht und die Gründung mehrerer kleinerer Zentren hat die Frage der Realisierung der Macht der Arbeiterklasse selbst nicht endgültig gelöst. Es handelt sich um einen relativ schnelleren Prozeß der Dezentralisierung der Macht der Partei und des Staates und um den relativ langsameren Prozeß der Demokratisierung der Gesellschaftsbeziehungen. Der Prozeß des Abbaus des Bundesstaates ging nicht nur zugunsten der Stärkung der Arbeiterselbstverwaltung, sondern, und zwar bedeutend mehr, zugunsten der Stärkung bestehender und der Gründung neuer bürokratischer Zentren der politischen und ökonomischen Macht. Diese zerstückelten bürokratischen Zentren der gesellschaftlichen Macht bestehen auf unterster Ebene, auch auf allen Niveaus der funktionalen und territorialen Organisation der Gesellschaft. Sie sind unter sich heterogen, manchmal konkurrierend, aber im Hinblick auf die Arbeiter einheitlich und privilegiert. Dem im Lohnverhältnis stehenden Arbeiter, der Zwänge erleidet, ist es letzten Endes gleichgültig, ob der Zwang von einem ihm entfremdeten und verselbständigten Bundes-, Republik-, Gemeinde- oder Fabrikzentrum der gesellschaftlichen Macht ausgeübt wird. Er lehnt sich gegen den Zwang auf, unter anderem auch durch Streik, ungeachtet dessen, von welcher Ebene und in wessen Namen der Zwang ausgeübt wird.

Die *Marktwirtschaft* ist im Hinblick auf die zentrale, planmäßige Verwaltung der Wirtschaft eine positive Erscheinung. Jedoch die Waren- und Geldwirtschaft, für die sich die formale politische Struktur entschieden hat, produziert gleichzeitig auch „ungerechtfertigt große soziale Unterschiede“ als negative Erscheinung, gegen die diese gleiche Struktur kämpft. Der Markt ist nicht der einzige „Produzent“ sozialer Unterschiede. Sie entstehen in großem Maße auch durch die Verteilung der gesellschaftlichen Macht.

Politische Unterentwicklung und kulturelle Rückständigkeit von Teilen der Arbeiterklasse

Schulbildung und Niveau der Fachausbildung sind keine ganz zufriedenstellenden Indikatoren des Niveaus der politischen und kulturellen Entwicklung, bzw. der Konstituierung der Arbeiterklasse als „Klasse für sich“. Wegen Mangels an anderen Indikatoren weisen wir auf die Struktur der Beschäftigten nach Schulbildung und Fachausbildung hin.

Beschäftigtenstruktur im gesellschaftlichen Sektor nach Schulausbildung 1968

	Insgesamt	Wirtschaft	nichtwirtschaftliche Bereiche
Insgesamt	100,0	100,0	100,0
Ohne Schulausbildung und mit einer Schulausbildung von 1 bis 3 Klassen Grundschule	7,8	8,7	3,9
Mit 4 bis 7 Klassen Grundschule	29,8	33,3	14,4
Mit achtklassiger Grundschulausbildung	18,5	18,7	17,3
Mit Mittelschule und Schule für qualifizierte und hochqualifizierte Arbeiter	36,0	35,7	37,8
Mit höherer Schule	3,0	1,2	10,6
Mit Hochschule — Fakultät und Akademie	4,9	2,4	16,0

Ähnlich ist die Situation, wenn es sich um die Fachausbildung der Beschäftigten handelt. Vgl. „Die Selbstverwaltung Jugoslawiens von 1950 bis 1970“, Bundesamt für Statistik, Belgrad, 1971, Seite 101 und 102.

Die ungünstige Bildungs- und Qualifikationsstruktur der Arbeiter, die sich auf den Markt stützt oder von ihm unterstützt wird, die soziale Heteronomie der Arbeiterklasse und ihre ungenügende politische Organisiertheit auf dem Niveau der Gesamtgesellschaft, begünstigen die Herausbildung von partikularen und kurzfristigen Interessen einzelner Teile der Arbeiterklasse und das Streiken der Arbeiter zwecks Realisierung dieser partikularen und kurzfristigen, vor allem materiellen Interessen.

Die unzureichende Tätigkeit des Bundes der Kommunisten und der Gewerkschaften

Von 1946 bis 1966 hat sich die Zahl der Arbeiter, die Mitglieder des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens sind, vervierfacht, während sich die Zahl der übrigen Beschäftigten im Bund der Kommunisten um das 15fache erhöht hat³). Die relative Vertretung der Arbeiter im Bund der Kommunisten verringerte sich auch nach 1966. Von der Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter sind etwa 14 Prozent Mitglieder des Bundes der Kommunisten. Laut Analyse von *Stipe Suvar* sind 35 von 100 staatlichen Angestellten Mitglieder des Bundes der Kommunisten⁴). Fügen wir dem hinzu, daß laut Analyse von *Vinko Hafner* etwa zwei Drittel der Mitglieder des Bundes der Kommunisten, die im Hinblick auf ihre soziale Stellung oberhalb des Durchschnitts stehen, den mittleren und höheren Schichten angehören⁵). Der Bund der Kommunisten gelangte im Hinblick auf seine soziale Zusammensetzung und praktische Aktivität unter den vorherrschenden Einfluß jener sozialen und politischen Mächte, die immer offener und immer schärfer mit der Arbeiterklasse in Konflikt gerieten.

3) Siehe: „Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens und die Selbstverwaltung“, „Kultura“, Belgrad, 1967, Seiten 754—755.

4) „Borba“, Nr. 182 vom 4. VII. 1972, Seite 5.

5) Siehe „Kommunist“, vom 7. XII. 1971, Seite 14.

Man kann sagen, daß der Bund der Kommunisten im Hinblick auf seine praktisch-politische Aktivität und hinsichtlich seiner sozialen Zusammensetzung, besonders der Führungsorgane, immer weniger eine Arbeiterorganisation wurde, immer weniger ein Instrument in den Händen der Arbeiterklasse. Er mobilisierte nicht genügend die Arbeiter zur Aktion und war nicht in dem notwendigen Maße die Avantgarde der Arbeiterbewegung. Damit kann erklärt werden, warum es unter den Produktionsarbeitern, die streiken, Mitglieder des Bundes der Kommunisten gibt, und warum es unter den Führungspersönlichkeiten, gegen die die Arbeiter streiken, ebenfalls Mitglieder des Bundes der Kommunisten gibt.

Dasselbe kann, wenn auch nicht in gleichem Maße und in gleichem Sinne, von der Gewerkschaft gesagt werden. Sie ist zwar ständig im Namen der Arbeiterklasse und zugunsten ihrer Interessen aufgetreten, jedoch ohne die Anwesenheit der Arbeiterklasse und ohne praktische Aktionen zum Befähigen der Arbeitermassen, in Gewerkschaften organisiert nur für die eigene Befreiung zu kämpfen, für die Realisierung ihrer Klasseninteressen. Die Gewerkschaft, genau gesagt ihre Gremien, war oft mit den Maßnahmen des Staates, die in die Interessen der Arbeiter eingreifen, nicht einverstanden, unternahm aber keine Aktionen, die die Arbeiterschaft hätten motivieren und organisieren können, nur als soziale Kraft „nein“ oder „ja“ zu sagen.

Feindliche Aktivität

Der Begriff des Feindes und seiner Aktivität ist ziemlich schwer zu definieren. Feinde der Arbeiter sind nicht nur ehemalige Kapitalisten und ausländische Spione. Das können auch eigene Bürokraten, Technokraten, Nationalisten und Separatisten, Anarchisten, Arbeitsscheue, Unitaristen, begünstigte Schichten sein, die von fremder Arbeit leben usw. Dieses ganze Gewirr wirklicher und potentieller Feinde der Arbeiter müßte vom Standpunkt her ihres unmittelbaren und mittelbaren Einflusses auf die Erscheinung des Streiks analysiert werden.

Tradition des Streiks

Der Einfluß der Tradition des Streikens vor der Revolution auf die Erscheinung des Streiks nach der Revolution wurde nicht genügend erforscht. Es ist aber gewiß, daß ältere Arbeiter den Streik als das wirksamste Mittel des Kampfes um die Realisierung der Interessen der Arbeiter empfinden. Von diesem Standpunkt aus kann man vom Einfluß der Tradition des Streikens vor dem Krieg auf die Erscheinung einer relativ größeren Zahl von Streiks in alten Industriezentren und in jenen Wirtschaftszweigen sprechen, in denen es auch vor der Revolution Streiks gegeben hat. Das bezieht sich vor allem auf die Metall- und Textilindustrie und auf den Bergbau.

Einige allgemeine Konfliktursachen

Für die allgemeine Erklärung des Entstehens der Streiks bei uns sind auch einige Konflikte von Bedeutung, die aus mehreren Gründen entstehen und von

denen ich drei als wesentlich betrachte: erstens die unverwirklichte früher versprochene und geplante Zukunft; zweitens die bedeutende Identifizierung des Geplanten mit dem bereits in Ansätzen Realisierten, dessen, was als Endziel der sozialistischen Gesellschaft vorgesehen ist, mit jenem, was in seinen einzelnen Etappen realisiert werden kann, und drittens die Veränderungen in der Infrastruktur.

Im ersten Fall handelt es sich um die Nichtverwirklichung, „zeitweise Aufopferung“, einiger grundlegender Ideale der Revolution. An Stelle der sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit als grundlegendes Ideal der Revolution erhielten wir „ungerechtfertigt große soziale Unterschiede“, zum Schaden jener sozialen Gruppe, die von der sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit am meisten erwartet hat. Beispielsweise führe ich an, daß die Spannweite zwischen dem niedrigsten und dem höchsten persönlichen Einkommen in Slowenien 1971 1:12 ausgemacht hat⁶⁾. Wenn man die sogenannten übrigen Einnahmen, bzw. die gesamte soziale Stellung der einzelnen sozialen Gruppierungen in Betracht zieht, „dann können diese Unterschiede auch 1:25 betragen“⁷⁾.

Im zweiten Falle erscheinen und verschärfen sich die Konflikte der Identifizierung der Endziele mit jenem, was jetzt Wirklichkeit ist. Der ständige Vergleich des realen Stands mit den Endzielen vergrößert unaufhörlich den Unterschied zwischen der erwarteten und der realen sozialen Stellung.

Im dritten Fall handelt es sich um bedeutende Veränderungen der Infrastruktur, die laut Meinung einiger Ökonomen im Laufe der Entwicklung der Gesellschaft entstehen, wenn das Nationaleinkommen von 600 auf 1 500 US-Dollar pro Einwohner steigt. Die Veränderungen der Infrastruktur in dieser Zeitspanne der wirtschaftlichen Entwicklung produzieren notwendigerweise auch solche Konflikte, die in Streiks ihren Höhepunkt finden. Jugoslawien hat jetzt etwa 700 Dollar Nationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung und steht in der Zeit des Umbruchs⁸⁾.

6) Siehe: „Kommunist“ vom 25. XI 1971, Seite 11.

7) „Kommunist“ Nr. 760 vom 7. X. 1971, Seite 13.

8) Anmerkung der Red.: Auszüge aus „Le rapport entre la grève comme conflit social et l'autogestion comme Systeme social“. In: First International Conference on Participation and Self-Management at Dubrovnik. 13.—17. 12. 1972. Zagreb 1972, S. 62—96. Ein zweiter Teil dieser Arbeit erscheint in diesem Heft unter dem Titel „Merkmale jugoslawischer Streiks“ (s. u.).